

Universität Liechtenstein bleibt im Fokus der FBP

Interview mit den FBP-Abgeordneten Bettina Petzold-Mähr und Daniel Seger

Die FBP-Fraktion bekräftigte, dass sie voll und ganz hinter der Universität steht. Dennoch wollte Sie bezüglich der Vorkommnisse in jüngster Vergangenheit ein Zeichen setzen und möchte für weitreichende Entwicklungen den Landtag verstärkt eingebunden sehen.

Ihr habt beantragt, das Traktandum zur Erhöhung des Staatsbeitrags für die Jahre 2023-2025 zu verschieben. Warum hat sich die Fraktion dazu entschieden?

Daniel Seger: Das Thema Universität und ihre Finanzen sind zu wichtig, um im stark befrachteten Novemberlandtag diskutiert zu werden. Die Universität hat in den letzten Jahren immer wieder für negative Schlagzeilen gesorgt (mehrere Wechsel im Rektorat, hohe Fluktuation, Abgang von verschiedenen Personen in Schlüsselfunktionen, Gerichtsverfahren, etc.). Damit Transparenz geschaffen werden kann und wieder Ruhe einkehrt, braucht es eine umfassende Diskussion und genügend Zeit. Auch stellten sich Fragen, wie die Diskussion geführt werden soll, wenn der Bericht der Fi-



nanzkontrolle und ca. 1/5 des GPK-Protokolls vertraulich sind und aus ihnen nicht zitiert werden darf.

Wie ist die Diskussion im Landtag dazu eurer Ansicht nach einzuordnen?

Daniel Seger: Dem Landtag und allen Abgeordneten ist die Universität wichtig und es werden hohe Erwartungen in den zukünftigen Rektor gesetzt, damit endlich Ruhe einkehrt. Der FBP-Fraktion war es wichtig, die über 400 Seiten Unterlagen, verschiedenen Berichte der GPK (z. T. vertraulich), den vertraulichen Finanzkontrollbericht, den Akkreditierungsbericht etc., ausführlich diskutieren zu können. Mit dem Rückzug der Vorlage durch die Regierung kann diese Diskussion wieder nicht geführt werden. Die FBP-Fraktion wollte diese Diskussion in aller Ruhe im Dezember führen, es wären viel weniger Passagen im GPK-Protokoll vertraulich und das

hoffentlich letzte Gerichtsverfahren mit der Universität als Verfahrensbeeteiligte abgeschlossen gewesen. Leider wird aus dieser Debatte wegen des Rückzugs durch die Regierung nun nichts.

Ebenfalls habt ihr dann in der Konsequenz auch beim Budget 2023 Kürzungsanträge gestellt. Was sind nun eure Erwartungen aufgrund des Vorgehens der Fraktion?

Bettina Petzold-Mähr: Wir erhoffen uns, dass der Universitätsrat und das Rektorat diesen Warnschuss ernstnehmen werden. Wir werden auch in Zukunft sehr genau auf die Universität achten, offene Ohren haben und kritische Fragen stellen. Ein Kürzungsantrag ist das einzige Mittel, welches dem Landtag zur Verfügung steht, um zu reagieren. Aufgrund der Corporate Governance unterstehen die staatsnahen Betriebe ausschliesslich der Regierung und sind dem Landtag nur mittels



(Fotos: Michael Zanghellini)

des Jahresberichts rechenschaftspflichtig.

Welche Prämissen sind euch für die Universität Liechtenstein für die Zukunft wichtig?

Bettina Petzold-Mähr: Wichtig erscheint uns, dass die gewünschte Ruhe im Rektorat einkehrt. Das Rektorat hat unseres Erachtens die Aufgabe, eine Mitarbeiterzufriedenheitsbefragung oder ähnliche Massnahmen durchzuführen, um dadurch die effektiven internen Problemstellungen zu eruieren. Nur so können unseres Erachtens echte Verbesserungen begonnen werden, welche die Fluktuation an der Universität auf ein verträgliches Mass reduzieren. Im Weiteren wünschen wir uns eine offene und transparente Kommunikation, dass in Zukunft keine vertraulichen Protokolle und Berichte mehr nötig sind. Und letztendlich ist für uns natürlich ein sorgfältiger Umgang mit den zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln wichtig.

Landtag

Fingerzeig

Unsere Universität ist sehr wichtig für unser Land, zweifelsohne! Genau darum hat die FBP-Fraktion die seit über einem Jahr stattfindenden Diskussionen über Personalfuktuation, IT-Probleme, Strategiewechsel, u. a., kritisch reflektiert. Eine Mehrheit des Landtags hat sich dann dafür entschieden, den Staatsbeitrag nicht für mehrere Jahre zu sprechen. Regierung und Uni-Leitung werden gut daran tun, die weitere Entwicklung mit Bedacht und unter Einbezug des Landtags zu gestalten. Denn dies ist ein Fingerzeig für die Zukunft.

Der Budget-Kürzung bei Radio L stehe ich aktuell kritisch gegenüber. In der Sache kann ich dem zwar viel abgewinnen. Vorderhand hätte ich mir aber gewünscht, eine Gesamtauslegung abzuwarten. Gerade mit der Journalismus-Initiative der FBP könnte auch das Thema Radio L neu lanciert werden. Abgesehen von Uni und Radio L ist für mich vor allem der Auftritt des Regierungschefs anlässlich der Debatte zum Budget erwähnenswert. Seine Wortwahl und der mangelnde Respekt, unter anderem gegenüber dem Landtagspräsidenten, waren schon «bemerkenswert».

Bei der Initiative, den Mischindex bei der AHV wieder einzuführen, hat der Landtag m.E. den Fingerzeig des Volkes erkannt. Die Senioren erwarten schon länger eine Entwicklung bei den Renten - und ich begrüsse die Rückkehr zum Mischindex somit sehr. Der Leserbrief der Initianten vor der Debatte wurde aber leider einer «Fairness-Initiative» nicht gerecht. Daniel Oehry versuchte, einen guten Kompromiss zu formulieren – den es dann zum Glück während der Debatte nicht benötigte.



Rainer Gopp
Parteipräsident

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Fortschrittliche Bürgerpartei

Redaktion:
Rainer Gopp

Adresse:
FBP, Altenbach 8, 9490 Vaduz
Tel.: +423 237 79 40

www.fbp.li
E-Mail: info@fbp.li



Steuerliche Entlastung des Mittelstands unbestritten

Kommentar des Abgeordneten Sascha Quaderer

Interpellation der FBP zur steuerlichen Entlastung des Mittelstands an Regierung weitergeleitet.

Am Mittwoch behandelte der Landtag die Interpellation der FBP-Fraktion. Im Vorstoss werden Fragen an die Regierung gestellt, wie der Mittelstand steuerlich entlastet werden kann. Der Mittelstand ist das Rückgrat auch unseres Landes. Er geht bei staatlichen Massnahmen leider oft leer aus. Angesichts der Kostensteigerungen im täglichen Leben wären Steuererleichterungen ein gut geeignetes Mittel, um die Bürger zu entlasten.

Die wichtigste Frage der Interpellation ist jene nach einem möglichen Freibetrag auf Vermögen in der Steuererklärung. Damit könnte ein Anreiz zum Sparen geschaffen werden. Ersparnis kann dabei helfen, Wohneigentum zu erwerben oder Reserven für Unvorhergesehenes auf der Seite zu haben. Die weiteren Fragen befassen sich mit höheren Steuerabzügen, mit einer bes-

seren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie mit den finanziellen Folgen dieser Steuerentlastungen.

Die Interpellation war im Landtag unbestritten – es gab keine einzige Wortmeldung der anderen Parteien. Einzig der Regierungschef Daniel Risch mutmasste, ob sich die Interpellanten nicht im Instrument vergriffen hätten. Es liegt aber wohl an den Abgeordneten, das Instrument zu wählen. Es wird sich zeigen, ob die Wortmeldung des Regierungschefs der Bedeutung des Themas gerecht wird.



Sascha Quaderer
Landtagsabgeordneter

Kleiner Beitrag zur Vereinbarkeit Familie und Beruf

Kommentar der Abgeordneten Franziska Hoop

Die Motion zur Ausrichtung des Mutterschaftstaggeldes bei längerem Spitalaufenthalt des Kindes nach der Geburt wurde vom Landtag mit 25 Stimmen an die Regierung überwiesen.

Die Regierung hat nun den Auftrag erhalten, dem Landtag eine entsprechende Gesetzesänderung vorzulegen. Diese soll berufstätigen Müttern, deren Kind aufgrund schwerer Komplikationen bei oder nach der Geburt für eine längere Zeit im Spital verbleiben muss, ermöglichen, das Mutterschaftstaggeld erst nach der Heimkehr des Kindes zu beziehen. Die verschiedenen Voten der Abgeordneten waren sehr positiv und haben die Relevanz des Themas unterstrichen – auch wenn die genannte Situation nur in Einzelfällen vorkommt.

In nahem Zusammenhang mit der Motion steht auch der Fall der Tod- und Fehlgeburt. Die Ver-

sicherungen werden aktuell mit der Frage konfrontiert, ob bei einer Fehl- bzw. Todgeburt ein Taggeld für Mutterschaft ausbezahlt ist. In Liechtenstein fehlt dazu die Rechtsprechung. Obwohl es sich bei dieser Thematik um eine Verordnungsmaterie handelt und kein Vorstoss getätigt werden kann, wurde sie dennoch im Landtag eingebracht. Gesundheitsminister Manuel Frick äusserte sich in der Debatte sehr wohlwollend und dankte den Motionären für die Einbringung der ebenfalls wichtigen Themenstellung sowie für die im Allgemeinen sehr sorgfältige Abklärung des Motionsinhaltes.



Franziska Hoop
Landtagsabgeordnete